

Lichtenburg – Vergangenheit und Zukunft

RENAISSANCESCHLOSS, KONZENTRATIONSLAGER,
GEDENKSTÄTTE

Stefanie Endlich

Selbst Experten der NS-Geschichte ist das Konzentrationslager Lichtenburg nicht sonderlich vertraut; vielen ist es überhaupt kein Begriff. Auf Übersichtskarten der Gedenkstätten zum KZ-System wird es meist vergessen. Dass sich im Schloss Lichtenburg eine KZ-Gedenkstätte befindet, ist ebenfalls wenig bekannt. Durch die Presse ging der Name, als sich in den letzten Jahren mehrfach Proteste gegen den geplanten Verkauf des Schlosses erhoben: »KZ zu verkaufen« (Der Spiegel, 2. 4. 2001). Die Ausschreibung der Bundesvermögensverwaltung begann mit den Worten: »Die Bundesrepublik Deutschland veräußert: Schloss Lichtenburg in Prettin an der Elbe, Landkreis Wittenberg, Land Sachsen-Anhalt. Bedeutendes dreiflügeliges Renaissanceschloss mit Schlosskirche der Nachgotik, ehemaliger Witwensitz sächsischer Kurfürstinnen...«.

Nicht nur die Presseberichte haben zur allmählichen Wahrnehmung des Konzentrationslagers Lichtenburg und seiner Gedenkstätte beigetragen. Ein zweiter Grund ist die stärkere Hinwendung von Forschern, Pädagogen und Geschichtsinteressierten zum frühen NS-Staat, in dem es um Machtetablierung, um Einschüchterung und Verfolgung der politischen Gegner und um den schnellen Aufbau eines umfassenden Repressionssystems ging.

Doch ist das KZ Lichtenburg mit dem Begriff »frühes Lager« nur unzureichend beschrieben. Im Unterschied zu fast allen anderen gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten etablierten Konzentrationslagern, die binnen kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden, bestand es von 1933 mit einer kurzen Unterbrechung bis zum Kriegsbeginn 1939. Zudem hatte es sowohl im System der frühen Lager als auch bei der dann folgenden Institutionalisierung und Reorganisierung des KZ-Systems unter der Inspektion der Konzentrationslager eine Schlüsselrolle inne. Hinzu kommt, dass es von 1937 bis 1939 das einzige Frauen-KZ im Deutschen Reich war. Bevor also über den gegenwärtigen Sachstand, über die Krise und die Versuche zur Neukonzeption berichtet wird, zunächst einige Informationen zur Entwicklung in der NS-Zeit und zur Entstehung der Gedenkstätte.

Geschichte des Schlosses

Das in seiner Substanz vollständig erhaltene und bauhistorisch interessante Schloss Lichtenburg in Prettin an der Elbe gehört zu den wichtigsten Renaissanceschlössern Mitteldeutschlands. Kurfürst August von Sachsen ließ es 1574 bis 1582 erbauen, mit einer wunderschönen spätgotischen Schlosskirche und einer eigenen Domäne. Nach hundertjährigem Leerstand wandelte man es 1812 unter napoleonischer Besatzung in ein Zuchthaus um. Für dessen Nutzung erweiterte man das ursprünglich dreiflügelige Bauensemble durch einen nördlichen Flügel, fügte 1879 einen separaten dreistöckigen Zellenbau im hinteren Teil der Schlossanlage und 1908 einen Werkstatt-Trakt hinzu, wodurch sich an der Rückseite des Schlosses ein zweiter, hinterer Schlosshof bildete.



1928 wurde das Zuchthaus wegen untragbarer baulicher Zustände aufgelöst. Nach nur fünf Jahren jedoch nahm man das Schloss wieder in Betrieb. Anlass war die Suche des preußischen Innenministeriums nach zusätzlichen Unterbringungsorten für Regimegegner. Im Juni 1933 wurde das »Sammellager« Lichtenburg mit einem Häftlingstransport aus Merseburg eröffnet, kurz darauf herrschte bereits Überfüllung. Mit 1600 männlichen Häftlingen war es im Juli belegt, mit 2000 im September 1933. Sie wurden aus verschiedenen Folterstätten, Polizei- und Justizgefängnissen hierher gebracht, zum Beispiel aus dem Emslandlager Börgermoor, aus dem KZ Oranienburg und dem Berliner KZ »Columbia«.

Schloß Lichtenburg,
Museum, Prettin

Neben den Emslandlagern als zentralem preußischen KZ-Komplex entstand hier für mehrere Jahre ein zweiter Lagerschwerpunkt in der Mitte des Deutschen Reiches. Immer wieder fungierte das KZ Lichtenburg als Sammel- und Verteilerstation zwischen Lagern, die aufgelöst und umorganisiert, und solchen, die neu errichtet und ausgebaut wurden. Aus diesem Grund ist es auch kaum mehr möglich, die Gesamtzahl der Häftlinge zu errechnen. Im August 1937 löste man das Männerlager auf und brachte die Gefangenen in das neu eingerichtete KZ Buchenwald. Der Grund war vermutlich, dass die baulich marode Schlossanlage weder modern noch erweiterungsfähig war. Das Schloss wurde nun als Frauenlager hergerichtet. Für eine Übergangszeit – denn der Bau Ravensbrücks war bereits Anfang 1938 beschlossen – diente es als zentrales und einziges Frauen-KZ des Deutschen Reiches. Im Dezember 1937 traf der erste Transport aus dem KZ Moringen ein. Etwa 1400 Frauen waren insgesamt bis zum Mai 1939 im KZ Lichtenburg eingesperrt.

Die Gefangenen der Anfangsphase waren vor allem politische Gegner des Regimes, vorwiegend Kommunisten, dazu viele Sozialdemokraten und politisch nicht-organisierte Bürger. Unter ihnen viele bekannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens der Weimarer Republik, Abgeordnete aller Parteien, Wissenschaftler, Anwälte, Künstler, zum Beispiel der Schauspieler Wolfgang Langhoff, die Politiker Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Friedrich Ebert – Sohn des Reichspräsidenten –, Ernst Reuter, Theodor Neubauer, der Rechtsanwalt Hans Litten, der Schriftsteller Armin T. Wegner, der Rabbiner Max Abraham. Unter den Frauen zum Beispiel die jüdische Kommunistin Olga Benario, die Tänzerin und Sängerin Lotti Huber, die KPD-Reichstagsabgeordneten Lene Overlach und Lisa Ullich.

Ein großer Teil der aus politischen Gründen Inhaftierten war jüdischer Herkunft beziehungsweise jüdischen Glaubens. Die SS stufte sie als »Juden« ein. Gerade am Beispiel des KZ Lichtenburg wird exemplarisch deutlich, wie bereits beim frühen NS-Terror gegen politische Gegner antisemitische und rassistische Aspekte zum Tragen kamen, die auf die von den Nationalsozialisten geplante »Lösung der Judenfrage« und auf den Völkermord hinweisen. Später kamen viele »Kriminelle« in »befristeter Vorbeugungshaft«, Prostituierte und sogenannte Asoziale, nach dem »Röhm-Putsch« im Juli 1934 auch etwa 60 SA-Angehörige. Nach der Verschärfung des §175 war fast die Hälfte der Häftlinge als »Homosexuelle« registriert. Zeugen Jehovas, »Ernste Bibelforscher«, gab es schon seit 1933 im KZ Lichtenburg; unter den weiblichen Häftlingen bildeten sie zeitweise die Mehrzahl. Das wechselvolle Bild der Häftlingsgruppen im KZ Lichtenburg spiegelt die Etappen und die veränderten Schwerpunktsetzungen der Verfolgung im NS-Staat von 1933 bis 1939 und die Ausweitung der Verfolgung auf andere gesellschaftliche Gruppen.

Die Haftbedingungen waren hart, die SS behandelte die Gefangenen mit großer Brutalität: Einlieferungs-Schikanen, Überfüllung der Schlafsäle und Zellen, schreckliche hygienische Bedingungen, minderwertige Verpflegung, Zwangsarbeit in den Werkstätten, auf der Domäne, in der Stadt Prettin und in der Region. Misshandlungen waren an der Tagesordnung. Jüdische und homosexuelle Häftlinge wurden besonders schlecht behandelt. In einem Strafbunker, den man bereits zur Zeit des Zuchthauses im abgesenkten Erdgeschoss des historischen Schlosskomplexes eingerichtet und mit zwölf Zellen versehen hatte, wurden Arreststrafen und Quälereien vollzogen; Morde in den Zellen des »Bunkers« wurden als Selbstmorde ausgegeben. Zwanzig Todesopfer sind dokumentarisch belegt. Mit Sicherheit starben weitere an den Folgen der Misshandlungen.

In den ersten zwei Monaten wurde das Lager von zwei Schutzpolizei-Hundertschaften bewacht, danach von einem SS-Kommando. Die SS-Wachmannschaft bestand Anfang 1935 aus 335 Mann. 1936 zählte der in Schloss Lichtenburg stationierte »SS-Totenkopfsturmbann Elbe« 538 Mann, bei etwa 2 000 Prettiner Einwohnern. Während und nach der Zwischenphase einer schließlich gescheiterten »Direktorialverfassung«, in der die SS für die Bewachung, aber das preußische Innenministerium weiterhin für die Lagerverwaltung zuständig war, wird am Beispiel Lichtenburg die erzwungene Übertragung der Machtbefugnisse über die Lager von den zivilen Behörden auf die SS exemplarisch deutlich. Theodor Eicke, zuvor Kommandant des KZ Dachau, war vom Mai bis zum Juli 1934 Kommandant des KZ Lichtenburg. Kurz bevor er ins KZ Sachsenhausen wechselte, übernahm er die Leitung der neugeschaffenen zentralen Inspektion der Konzentrationslager. Zum 1. Juni 1934 führte Eicke im KZ Lichtenburg die Dachauer Lagerordnung ein, eine brutale Disziplinar- und Strafordnung, die er später auf alle



Schlosshof

bestehenden und neu gegründeten Konzentrationslager im nationalsozialistischen Machtbereich übertrug. Die Erfahrungen, die er im KZ Lichtenburg mit seinem »Dachauer Modell« machte, flossen in die Reglements des immer stärker institutionalisierten Lagersystems ein¹. Nach Auflösung des Frauenlagers wurde Schloss Lichtenburg als Kaserne von den SS-Totenkopfverbänden genutzt, seit 1941 als SS-Bekleidungslager, versorgt von einem Außenkommando des KZ Sachsenhausen. Dieses wurde für das seit 1942 im Schloss stationierte SS-Hauptzeugamt noch vergrößert. Nach Kriegsende quartierte man Flüchtlinge und Umsiedler ein, auch im Zellenbau und sogar im Bunker. In den fünfziger Jahren wurde das Schloss durch landwirtschaftliche Betriebe genutzt. Die Kirche diente als Getreidespeicher, die anderen Trakte des Schlosses zur Lagerung von Kartoffeln und anderen Produkten der LPG Prettin, zur Champignonzucht und als Werkstätten. Den westlichen Schlossflügel nutzte man bis nach 1990 als Lehrlingswohnheim.

Fotos im Archiv der Gedenkstätte zeigen in den späten vierziger Jahren große Gedenkfeiern. Sie fanden damals im hinteren Hof statt, dem Werkstatthof, zu diesem Anlass von Menschen dicht gefüllt. Die Fassade des Zellenbaus war mit Transparenten behängt. In den folgenden Jahren wurde es ruhiger um Schloss Lichtenburg. Die siebzehn SED-offizielle Politik war auf die drei großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten konzentriert und gab dem Engagement der Überlebenden für Erinnerungsstätten an den anderen ehemaligen Lagerorten nur wenig Unterstützung.

Eine erste Gedenkstätte entstand 1965 im »Bunker«. 1978 wurde in drei ehemaligen Häftlingsschlafräumen eine Dauerausstellung zur KZ-Geschichte eröffnet. Der erste Raum widmet sich der Geschichte des Schlosses (»Kerker der Reaktion«) von den Anfängen bis 1933 sowie der Geschichte der Revolution von 1848, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Der zweite befasst sich mit der NS-Zeit bis 1937, teils speziell



»Bunker«, März 2000

auf das KZ Lichtenburg, teils auf ganz Deutschland bezogen. Der dritte behandelt die Geschichte des Frauen-KZ, den Widerstand gegen das NS-Regime allgemein und besonders der KPD und zum Schluss die Themen Todesmärsche, Befreiung, Strafverfolgung und DDR-Geschichte.

Die KZ-Gedenkstätte ist Teil des 1974 eingerichteten »Kreismuseums Schloss Lichtenburg«, das mehrere Trakte und Etagen nutzt. Es ist das einzige Museum im Landkreis zur Geschichte der Region vom Mittelalter bis in die Gegenwart, mit einem interessanten Raum zur DDR-Geschichte. Die Zukunft dieses Museums ist ungewiss, da der Landkreis Lutherstadt Wittenberg, der es nach dem Ende der DDR übernahm, sich nicht mehr zur Weiterfinanzierung imstande sieht.

Ansätze zur Neukonzeption

Auch nach 1990 wurde die KZ-Gedenkstätte nicht wesentlich verändert. Das Buch des Historikers Klaus Drobisch »Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg« aus dem Jahr 1977 konnte ohne die ideologische Einengung der DDR-Zeit neu erscheinen (Wittenberg 1997). Die Dauerausstellung gibt jedoch – zwölf Jahre nach dem Ende der DDR kaum fassbar und fachlich wie politisch unverantwortlich – immer noch das damalige einseitige Geschichtsbild der SED-Politik wieder. Man entfernte nur das Ausstellungskapitel zum Vergleich von Bundesrepublik und DDR und fügte eine Sondertafel zu den Zeugen Jehovas hinzu, was wiederum den Eindruck neuerer Überarbeitung erweckt. Den Bemühungen, Besucherbetreuung, pädagogische Angebote und Archivsituation zu verbessern, waren bisher enge Grenzen gesetzt. Während das Schlossmuseum zur DDR-Zeit bis zu fünfzehn Mitarbeiter hatte, verringerte sich bis zur Jahrhundertwende der Personalbestand auf die amtierende Museumsleiterin Kerstin Drabow, die nicht nur für die KZ-Gedenkstätte, sondern für das gesamte Museum mit seinen um ein



Das Innere des Zellenbaus, März 2000

Vielfaches umfangreicherer Räume zuständig ist, und einen Hausmeister. Trotz ihres Engagements kann so eine fundierte Bildungs- und Vermittlungsarbeit, wie sie an anderen, auch an kleinen KZ-Gedenkstätten geschieht und längst unverzichtbar ist, nicht zustande kommen.

Als früheres Reichsvermögen wurde Schloss Lichtenburg nach dem Einigungsvertrag Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Somit kam es 1993 in die Verwaltung des Bundesvermögensamtes, das bisher allein anderthalb Millionen Euro für baulichen Notunterhalt zahlen musste. Da die Bundesregierung das Schloss »für Zwecke des Bundes (als) entbehrlich« ansah, »keine positiven Einnahmen aus der Vermietung zu erzielen waren« und »umfangreicher Bauunterhaltungsaufwand zur Sanierung der zum Teil schadhaften Bausubstanz erforderlich« sei, beauftragte sie die zuständige Oberfinanzdirektion Magdeburg, die Liegenschaft zum Verkauf auszuschreiben (Bundestagsdrucksache 14/4475).

Dies geschah, nachdem alle Anstrengungen gescheitert waren, eine Alternative zur Privatisierung zu finden. Aufgrund der hohen anstehenden Restaurierungskosten für das unter Denkmalschutz stehende alte Gemäuer waren weder das Land Sachsen-Anhalt noch deren Stiftung »Schlösser, Burgen und Gärten« noch der Landkreis bereit, das Schloss zu übernehmen.

Auch diverse Ideen für neue Nutzungskonzepte, zum Beispiel für ein Hotel oder Begegnungszentrum, ließen sich nicht erfolgreich präzisieren. Prettin an der Elbe mit seinem historischen Stadtkern, zwischen Wittenberg und Torgau gelegen, ist zwar landschaftlich reizvoll, liegt jedoch in einer strukturschwachen Region, ist verkehrsmäßig ungünstig angebunden und von der touristisch frequentierten »Deutschen Alleenstraße« und dem Elbe-Radweg auf der anderen Seite des Flusses nur mit der Fähre zu erreichen.

Colloquium,
Januar 2000



Die Verkaufsabsicht brachte Schloss Lichtenburg in die öffentliche Diskussion und rief Empörung hervor. Als bekannt wurde, dass die KZ-Gedenkstätte mit betroffen war und zudem deren Ausstellungsräume aus dem Museumskomplex herausgelöst und in ungeeignete, dunkle Nebenräume des »Bunkers« verlagert werden sollten, protestierte die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis gemeinsam mit Angehörigen ehemaliger Häftlinge.

Auf einer Podiumsdiskussion im Oktober 1998 erreichte sie die Einstellung der bereits begonnenen Umbaumaßnahmen. Unterstützt wurde der Protest vom IVVdN (Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener), der schon seit 1994 auf Probleme der KZ-Gedenkstätte aufmerksam gemacht hatte, von der HUK (der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche) und dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt.

Die Arbeitsgruppe der KZ-Gedenkstätten tagte im März 2000 im Schloss Lichtenburg und formulierte Forderungen zur zukünftigen Gedenkstättenkonzeption und zu »gedenkstättenverträglichen« Nutzungen der Gesamtanlage. Peter Fischer, Beauftragter des Zentralrats der Juden in Deutschland für die neuen Bundesländer, entwickelte Ideen zum inhaltlichen Profil der neuen Gedenkstätte und Strategien zur schrittweisen Sanierung des maroden Zellenbaus.

In einer Bundestags- und zwei Landtags-Anfragen appellierte die PDS an die Verantwortung der öffentlichen Hand für die KZ-Gedenkstätte und forderte deren Übernahme in die Landesträgerschaft. Sachsen-Anhalt war zwar nicht bereit, zusätzlich zu den an NS-Opfer erinnernden Gedenkstätten Langenstein-Zwieberge, Bernburg und »Roter Ochse« auch noch die Gedenkstätte Lichtenburg zu übernehmen, sicherte jedoch Unterstützung und finanzielle Förderung zu. Die Bundesregierung versprach, dass »bei der beabsichtigten Veräußerung... der Fortbestand der Gedenkstätte zur



Dauerausstellung,
März 2000
Alle Abbildungen:
Stefanie Endlich

Bedingung gemacht und grundbuchlich abgesichert werden« soll und dass nur ein Käufer in Frage komme, dessen Nutzungskonzept »auch mit Blick hierauf sachgerecht« sei.

Im Winter des Jahres 2000 erarbeitete die Autorin dieses Beitrages eine Konzeption für die zukünftige KZ-Gedenkstätte Lichtenburg. Der Auftrag kam vom Landkreis Wittenberg, zuständig für das Kreismuseum, die Finanzierung jedoch vom Land Sachsen-Anhalt. Im ersten Teil arbeitete sie die überregionale Bedeutung des damaligen Konzentrationslagers heraus:

- 1 In der Frühphase des NS-Staates war Schloss Lichtenburg das zentrale KZ im mittleren Deutschland.
- 2 Neben dem KZ Dachau, das von Anfang bis Ende der NS-Herrschaft bestand, war das KZ Lichtenburg das einzige Lager, das während der gesamten Periode von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939 existierte.
- 3 Es lässt exemplarisch die Etappen der frühen und mittleren KZ-Entwicklung des NS-Staates erkennen und spielte eine wichtige Rolle bei der Reorganisation und Institutionalisierung des KZ-Systems 1934/35.
- 4 In besonderer Weise stellt sich hier die Frage nach der gewaltsamen Zerstörung der Weimarer Republik. Deren politische und kulturelle Vertreter aus den verschiedenen politischen Strömungen stellen anfangs den Großteil der Häftlinge. In den Jahren danach wird hier die Ausweitung der Verfolgung auf andere Gruppen deutlich, die aus unterschiedlichen Gründen aus der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt wurden.
- 5 Vom Ende 1937 bis zum Mai 1939 schließlich war Schloss Lichtenburg das einzige Frauen-KZ im Deutschen Reich.

Diese Merkmale des KZ Lichtenburg und seine besondere Rolle bei der Durchsetzung und Etablierung des nationalsozialistischen Macht- und Terrorsystems finden im Forschungsbereich zunehmend Beachtung, auch auf internationaler Ebene. Daraus

und aus der Authentizität des historischen Ortes ergibt sich das unverwechselbare Profil der KZ-Gedenkstätte und ihre Rolle in der deutschen Gedenkstättenlandschaft. In der Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit kann die immer noch bestehende chronologische Lücke zwischen der frühen und der späteren KZ-Entwicklung geschlossen werden. Für das Thema Frauen-KZ ergibt sich hier eine wichtige Erweiterung und Ergänzung. Das KZ Lichtenburg bildete ein Verbindungsglied zwischen dem frühen Frauen-KZ Moringen und dem längst international bekannten Ravensbrück. Hierbei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, ist ein lohnendes Thema nicht nur für die KZ-Forschung, sondern auch für die verschiedenen Sparten der Frauenforschung.

Als authentischer Ort wiederum ist Lichtenburg in der deutschen Gedenkstättenlandschaft einmalig. Zum einen gibt es kein Schloss und kein aufgegebenes Zuchthaus, das über einen so langen Zeitraum als Konzentrationslager genutzt wurde. Dabei ist hervorzuheben, dass die gesamte Schlossanlage zum KZ umgewidmet wurde, nicht nur besondere Bereiche wie der Strafbunker und der preußische Zellenbau. Zum anderen ist die Bausubstanz des Schlosses vollständig erhalten. So bietet sich die Möglichkeit, die verschiedenen Orte und Räumlichkeiten der KZ-Haft bei einem Rundgang anzusehen. Voraussetzung ist die Kennzeichnung der verschiedenen einstigen KZ-Situationen in den Außenbereichen, aber auch im Inneren und ihre Zugänglichkeit für Besucher auch nach einer eventuellen Privatisierung des Schlosses. Schließlich stellt der Zusammenhang mit dem Kreismuseum eine besondere Chance dar. Dessen Angebote legen es nahe, die zukünftige Gedenkstättenarbeit im übergreifenden sozialgeschichtlichen und mentalitätsgeschichtlichen Zusammenhang zu entwickeln, wie es zum Beispiel im Kreismuseum Wewelsburg erfolgreich gemacht wurde.

Auf der Grundlage dieser Gedanken entstand im zweiten Teil des Gutachtens eine Konzeptentwicklung für eine »aktive«, professionell betreute KZ-Gedenkstätte, die sich auf dem Niveau des wissenschaftlichen Forschungsstandes und des Gedenkstätten-Diskurses befindet. Wesentlich hierfür sind historische Forschungen und Recherchen, Kooperationen mit den Verfolgten- und Betroffenen-Verbänden, die Entfaltung der Potentiale in der Stadt und der Region, die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Gedenkstätten-Geschichte und die realistische Konzeptentwicklung eines Aufgabenrahmens, der das Profil der zukünftigen Gedenkstätte deutlich werden lässt: für bessere räumliche Bedingungen, für neue Dauer- und Wechselausstellungen, für die Bewahrung des Gedenkortes »Bunker«, für Archiv, Pädagogik, Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit, für die schrittweise Instandsetzung und Einbeziehung des derzeit aus Sicherheitsgründen gesperrten Zellenbaus und nicht zuletzt – wegen des abgelegenen Standortes – für die Vernetzung mit den touristischen Angeboten der Region.

Der »Bunker« soll in jedem Fall als Gedenkort erhalten bleiben. Der Verbleib der zukünftigen KZ-Gedenkstätte in den jetzigen drei Räumen des nur durch eine Wendeltreppe zugänglichen ersten Obergeschosses jedoch ist schon deshalb nicht möglich, weil diese weder behindertengerecht zugänglich noch für zukünftige Gedenkstättenarbeit erweiterbar sind. Für eine sinnvolle neue räumliche Zuordnung entwickelten die Autorin dieses Beitrages und der Architekt Florian von Buttlar ein »ideales« Raumprogramm für eine kleine Gedenkstätte und untersuchten hierfür mehrere Alternativen der räumlichen Zuordnung:

zum einen den schon zuvor diskutierten Vorschlag, die KZ-Gedenkstätte im ersten und nach Möglichkeit auch im zweiten Stock des historischen Mittelflügels unter-

zubringen, oberhalb des Gedenk-Reliefs im vorderen Schlosshof, in Nachbarschaft des »Bunkers«;

zweitens die neue Idee, den an die Schlosskirche angrenzenden Flügel mit möglichst allen Etagen zu nutzen, wobei es sich anbietet, den Vortragssaal des Kreismuseums und den Kirchenraum selbst einzubeziehen und die derzeit baufällige Brückenverbindung zum später zu sanierenden Zellenbau zu aktivieren;

drittens die ebenfalls neue Idee, das gesamte Werkstattgebäude von 1908 und seinen zweiräumigen Anbau aus der DDR-Zeit im hinteren Schlosshof als Gedenkstätte zu nutzen, diese durch eine große Glasfront zum Hof, zu den historischen Schlossflügeln und zum Zellenbau hin zu öffnen und ihr eine separate Erschließung zu verschaffen.

Die vom Landkreis zunächst in die Wege geleitete, dann durch Proteste gestoppte Variante, einige an den »Bunker« angrenzende Räume auszubauen, wiesen die Autoren zurück als ungeeignet für Gedenkstättenarbeit, zu klein und atmosphärisch bedrückend. Die drei anderen Konzept-Alternativen wurden im Sommer 2001 von Sroka Architekten mit Florian von Buttlar in einem Modernisierungs- und Sanierungsgutachten untersucht, mit Prüfung der Bausubstanz und entwurflicher Umsetzung des Raumprogramms. Dabei stellte sich heraus, dass die geschätzten Kosten für alle drei Umbau-Varianten nicht wesentlich differierten. Allerdings sind die Bauarbeiten im denkmalgeschützten Schloss immer mit Unwägbarkeiten belastet, gerade wenn es sich um komplizierte Erschließungsmaßnahmen, um Aufzugseinbauten, Raumdurchbrüche und zusätzliche Treppen handelt.

In einem Hearing im Januar 2002, zu dem trotz Schnee und Eis etwa 80 Teilnehmer in das abgelegene Schloss gekommen waren, wurden die neue Gedenkstättenkonzeption und die räumlich-baulichen Alternativen vorgestellt und diskutiert. Das Konzeptions- wie auch das Baugutachten trafen auf breite Zustimmung. Die konstruktive Atmosphäre dieses Tages ließ noch nichts von den Auseinandersetzungen der Folgemonate spüren. Mehrere Anwesende sprachen sich für die Realisierung der ersten Variante oberhalb des »Bunkers« aus, mit der sie sich – aufgrund der prominenten Lage im vorderen Schlosshof – größere Aufmerksamkeit der Besucher für die Gedenkstätte erhofften. Eine größere Zahl präferierte die Variante des zur Kirche gelegenen Flügels, dessen Räume von besonderem architektonischen Reiz sind und bei dem die Brückenverbindung zum Zellenbau dessen spätere Eingemeindung erleichtert. Dieser Trakt ist zwar etwas zurückgesetzt und nicht eng mit dem »Bunker« verbunden, aber baulich durchaus prägnant; gerade die Ansiedlung in einem zweiten, gesonderten Bereich könnte deutlich machen, dass das KZ sich damals in allen Teilen des Schlosses ausgebreitet hatte.

Ein ebenfalls größerer Teil der Anwesenden wiederum befürwortete die »Werkstattlösung«, weil sie als einzige ohne weitere Verzögerungen realisiert werden kann, während die erste Variante bei anderweitiger Nutzung der beiden historischen Flügel diese wie eine Barriere voneinander trennen würde. Insgesamt jedoch schienen die Teilnehmer des Hearings die Überzeugung der Gutachter zu teilen, dass grundsätzlich alle drei Varianten gute funktionale Voraussetzungen für zukünftige Gedenkstättenarbeit bieten. Thomas Veil, im Innenministerium von Sachsen-Anhalt für Gedenkstätten zuständig, versprach zum Abschluss, dass er gemeinsam mit dem Gedenkstättenbeirat des Landes und dem Landkreis möglichst schnell eine Entscheidung herbeiführen wolle.

Der gegenwärtige Konflikt

Dies geschah im Sommer 2002, nachdem ein Landtagsbeschluss im Frühjahr die Voraussetzungen geschaffen hatte. Angesichts der fortwährenden und vielleicht noch lange andauernden Ungewissheit über den Verkauf des Schlosses und seine zukünftige Gesamtnutzung und in Sorge um kostenaufwändige Komplikationen beim Ausbau der Schlossetagen einigte sich eine »Lenkungsgruppe« von Land und Landkreis auf die ebenerdige, räumlich autonome »Werkstattlösung«. Diese stieß jedoch auf unerwartet heftigen Protest von Seiten der Betroffenenverbände. Behauptet wurde, die Gedenkstätte sollte damit »aus dem authentischen Ort der Verbrechen herausgenommen und in einen unbedeutenden Anbau (ehemaliges Materiallager, Feuerwehrdepot und Wirtschaftsbetriebe) verlagert« werden (»Die Glocke vom Ettersberg« III/2002). Die PDS griff diesen Protest auf und behauptete, eine solche »Auslagerung der KZ-Gedenkstätte aus dem Schloss« sei »ein verheerendes Signal an die internationale Öffentlichkeit und dem Gedenken an die Opfer unwürdig« (Mitteldeutsche Zeitung, 7. 8. 2002).

IVVdN und Lagergemeinschaft entfalteten nun mit Unterstützung weiterer sieben Verbände eine breite Kampagne zur Ablehnung der »Vermarktung des Nazi-Konzentrationslagers« und der »Trennung der Gedenkstätte vom Schloss« (2. 8. 2002), die von Vertretern internationaler Vereinigungen, Institutionen und Medien in Unkenntnis der bisherigen differenzierten Sachdiskussion unterstützt wurde und so umso gewichtiger erschien. Dass Mitglieder eben dieser Betroffenenverbände sowie Sigrid Jacobeit, die Leiterin von Ravensbrück, Peter Fischer vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Edzard Reuter, Sohn des SPD-Politikers Ernst Reuter, und die beim Hearing anwesenden Gedenkstättenexperten sich für die »Werkstattlösung« ausgesprochen hatten, wurde hingegen verschwiegen; der Protest wurde als »einhellig« bezeichnet. Schließlich schrieb der IVVdN sogar, der Werkstattflügel sei »kein authentischer Ort«, und die auf historischen Fotos zu sehenden Menschengruppen seien keine Häftlinge vor der Werkstatt, sondern »Neuankömmlinge, die noch keine Häftlingskleidung tragen« (IVVdN, 30. 11. 2002) wobei tatsächlich die Lichtenburg-Häftlinge gar keine Häftlingsuniformen trugen, sondern alte Drillichkleidung oder ausgediente Polizeuniformen.

Gerade im Gedenkstätten-Bereich wird seit vielen Jahren eine ernsthafte, teils höchst kontroverse Fachdiskussion um den Begriff der Authentizität geführt. Hier scheint es jedoch, als würde daraus ein Kampfbegriff gemacht, der eine einvernehmliche Lösung verhindern und stattdessen den Verbänden ein heldenhaft-unbeugsames Image verleihen soll. Zahlreiche Häftlingserinnerungen sowie die Zeichnung des Gefangenen Fritz Kleine (abgedruckt im zuvor erwähnten Buch von Klaus Drobisch) belegen, dass der die Schlossanlage nach Norden hin abschließende Trakt mit Schmiede, Zimmerei, Geräteschuppen und Feuerwehrdepot integraler Teil des KZ-Alltags war, unmittelbar angrenzend an den gefürchteten Latrinen-Bereich, wo Strafkommandos eingesetzt waren und vor allem Juden und prominente Häftlinge wie Ernst Reuter und Olga Benario systematisch erniedrigt wurden. Die Gutachten wiederum zeigen, dass die »Werkstatt-Variante« besondere räumliche Qualitäten birgt, die bei sensibler Umbau- und Ausbauplanung die neue Gedenkstätte zu einem besonderen Ort machen können.

Stattdessen haben sich die Fronten verhärtet. Zu befürchten ist, dass dieser rational schwer nachvollziehbare Konflikt, der zu einer weiteren Landtagsdebatte im November und einer Anhörung des Innenausschusses im Dezember führte, die für

2003 vorgesehenen Umbaumaßnahmen verzögern oder gar in Frage stellen könnte. Für das Schloss hat sich, wie abzusehen, noch kein Investor gefunden; er müsste mit rund 35 Millionen Euro Sanierungskosten rechnen und wäre verpflichtet, die KZ-Gedenkstätte zu berücksichtigen. Die Zukunft des Kreismuseums ist nach wie vor ungewiss. Zusammen mit der KZ-Gedenkstätte hatte es bisher jährlich 5 000 bis 7 000 Besucher. Museum und Gedenkstätte sind aufeinander angewiesen: Eine Museums-schließung würde die Besucherzahlen stark verringern; eine professionelle und vernetzte Gedenkstätte mit Bildungs- und Gruppenangeboten könnte sie kräftig erhöhen. In dieser schwierigen Lage nützen konstruktive Ideen und Utopien der Sache mehr als ultimative Forderungen. Eine engagierte, interdisziplinäre Gruppe von 26 Studenten aus alten und neuen Bundesländern hat sich zur Jahreswende als »Arbeitskreis Schloss Lichtenburg« zusammengefunden, um gemeinsam mit Edzard Reuter, Peter Fischer und anderen die Gedenkstättenerneuerung zu unterstützen und ein Konzept für den Zellenbau zu erarbeiten.

Illusorisch ist die Forderung der Verbände, das ganze Schloss sollte als Gedenkort erhalten werden. Stattdessen kommt es darauf an, die wesentlichen einstigen KZ-Situationen zu markieren und öffentlich zugänglich zu halten, was schwierig genug sein wird. Für die zukünftige KZ-Gedenkstätte rechnet man mit einem Raumbedarf zwischen 600 und 900 Quadratmetern; das Schloss hat rund 23 000 Quadratmeter Nutzfläche, wovon derzeit das Kreismuseum rund ein Viertel belegt und der Rest leer steht. Das Land Sachsen-Anhalt, von dem bisher die einzige finanzkräftige Unterstützung für die Erneuerung der Gedenkstätte kam, hat seine Bereitschaft erklärt, die Mittel für Umbau und Neukonzeption zur Verfügung zu stellen, allerdings nur für die »Werkstattlösung«. In den Haushalten der kommenden Jahre ist das bereits berücksichtigt. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es, hierfür auch Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Die noch vor kurzem durchaus realistische Aussicht, unter schwierigen Bedingungen einen Neuanfang zu machen, darf nicht zerredet und verspielt werden. Die Chance, schnell zu handeln, bevor Politik und Verwaltung sich wieder zurückziehen, sollte unverzüglich ergriffen werden.

Dr. Stefanie Endlich, freie Publizistin und Mitarbeiterin in zahlreichen Kunst- und Erinnerungsprojekten, hat für das Land Sachsen-Anhalt eine Konzeption für die Gedenkstätte in der Lichtenburg erarbeitet.

1 Zur KZ-Geschichte siehe: Stefanie Endlich, Die Lichtenburg 1933–1939. In: Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Band 2 der Reihe Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945. Hrsg.: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Metropol Verlag Berlin 2002, S. 11–64.